

Die Kirche in den Ländern

Ist das Christentum in Israel gefährdet?

Verschiedene Publikationen, — besonders in der katholischen Presse, — sprechen in letzter Zeit eine verstärkte Besorgnis über den Weiterbestand des Christentums in Israel aus. (So z. B. ein Artikel in der Oktobernummer der „Stimmen der Zeit“ unter dem Titel „Christentum in Israel“ und eine Artikelserie des Korrespondenten des NCWC Antony Bruya OFM.) Es ist nicht anzunehmen, daß diese Besorgnis unbegründet wäre. Die Berichte selbst variieren, und man könnte bei manchen fast den Eindruck einer ausgesprochenen Kirchenverfolgung erhalten. Andere wieder bemühen sich, die Beziehungen zwischen kirchlichen Institutionen und der israelischen Regierung bzw. Bevölkerung als äußerst günstig hinzustellen. Es ist daher nicht verwunderlich, daß es den interessierten christlichen Kreisen außerhalb Palästinas immer schwerer wird, ein klares Bild zu erhalten. Dazu kommt, daß die Begriffe von „Unterdrückung“ oder gar „Verfolgung“ recht relativ sind. Ein Versuch, die Lage so weit als eben möglich zu klären, dürfte also dienlich sein.

Staat und Kirche

Normalerweise müßte man als erstes die offiziellen Beziehungen zwischen Staat und Kirche in Israel untersuchen. Diese Untersuchung würde sich sehr bald als irreführend erweisen. Es besteht zweifelsohne eine Diskrepanz zwischen den „offiziellen“ Beziehungen und dem wirklichen Zustand, in dem sich die Kirchen in Israel befinden.

Es gibt wohl wenig Länder, die theoretisch für das Gedeihen der Kirchen bessere Bedingungen bieten als Israel. Sie stellen im staatsrechtlichen Sinne Gemeinden dar. Ihre Häupter bekleiden rechtlich anerkannte Stellungen. Im Erb- und Eherecht sind die Gesetze der religiösen Gemeinschaften geltendes Recht (hierbei sind einzelne Sekten, die über solche nicht verfügen, ausgenommen). Die diesbezüglich von kirchlichen Gerichten gefällten Urteile werden vom Staat und von den weltlichen Gerichten aufrechterhalten. Die Kirchen genießen sämtliche Freiheiten, die sie sich nur wünschen können. Die Regierung läßt keine Gelegenheit vorübergehen, ihren guten Willen und ihr Wohlwollen zu zeigen. Sie ging so weit, den christlichen Gemeinschaften eine Radiostunde zu überlassen, d. h. eine Äußerungsmöglichkeit, mit der sie zu allen Teilen der Bevölkerung Zugang findet. Das „Ministerium für religiöse Angelegenheiten“ veröffentlicht eine Monatsschrift in französischer Sprache, die „Nouvelles Chrétiennes d'Israel“, die auch laufend Artikel christlicher Autoren veröffentlicht, unter denen sich nicht wenige katholische Würdenträger finden.

Wollte man sich nach den Veröffentlichungen dieser Art ein Bild schaffen, so erhielte man den Eindruck, daß Israel für die christlichen Kirchen mehr tue als für seine Synagogen. Die Beziehungen zwischen den Vertretern der Kirchen und denen des Staates sind außerordentlich herzlich — man möchte fast sagen unnatürlich herzlich. Es scheint also äußerlich alles in bester Ordnung . . .

Die Religionsfreiheit

Bezüglich der vielgenannten „Religionsfreiheit“ überstürzen sich die Regierungserklärungen. Das pflegt erfahrungsgemäß dort zu geschehen, wo sie in Frage gestellt ist, bzw. wo es Menschen gibt, die glauben, sie nicht zu genießen.

Es besteht aber im Vorderen Orient eine Auffassung über Religionsfreiheit, die von der des christlichen Abendlandes wesentlich abweicht. Man könnte vielleicht von einer passiven und einer aktiven Religionsfreiheit sprechen. Es ist ein Unterschied, ob bereits bestehenden Religionsgemeinschaften erlaubt wird, ihre Religion auszuüben oder zu bekennen, oder ob man einer solchen Gemeinschaft erlaubt, sich durch das Mittel der Mission auszudehnen. In der Türkei oder in Saudiarabien hat man ziemlich deutliche Grenzen gesetzt. In anderen Ländern des Orients sind sie verwischt. Dennoch sorgt man dort mittels des unkontrollierbaren „Volksempfindens“, daß die Dinge in ihren Grenzen bleiben. In anderen Fällen versucht man, die bereits bestehenden Gemeinschaften einzuengen, sei es durch wirtschaftlichen Boykott, sei es durch ständige Drohung physischer Aggression. Das letzte Jahrhundert war jedenfalls nicht arm an Pogromen, deren Höhepunkt die teilweise Ausrottung der Armenier in der Türkei darstellte.

Anlässlich der neuen Regierungsbildung in Israel Anfang Oktober d. Js. veröffentlichte die Israelregierung ein umfangreiches Programm. Punkt 2 dieses Programms ist bemerkenswert, da er eigentlich in eine — noch nicht bestehende — Konstitution gehört. Dieser Punkt 2 des israelischen Regierungsprogramms lautet:

„Ein demokratisches Regime wird durch eine Reihe von Grundgesetzen gewährleistet. Diese sorgen für absolut gleiche Rechte und Pflichten für alle Bürger ohne Unterschied des Geschlechts, der Rasse, des Standes, der Religion oder der nationalen Abstammung; Freiheit der Religion und des Gewissens werden durch das Parlament gewährleistet; der Präsident, die Regierung und die Gerichte bestimmen die Rechte und Pflichten der Volksvertreter, definieren die Freiheiten der Persönlichkeit und sichern die Freiheit der Vereinigung, der Rede und der Presse im Rahmen der Sicherheit des Staates und seiner Unabhängigkeit. . .“ (Jerusalem Post vom 8. 10. 1951.)

Der Punkt 2 des Regierungsprogramms, das also noch kein Gesetz ist, stellt offensichtlich einen neuen Versuch zur Schaffung einer Konstitution dar, unter strikter Umgehung dieses Wortes, das ein wunder Punkt in der israelischen Gesetzgebung ist. Interessant und vielleicht sogar bezeichnend ist die Betonung, die auf Religions- und Gewissensfreiheit gelegt wird. Wie es scheint, machen die beiden Dinge der Regierung nicht wenig zu schaffen; führte doch die verschiedene Auslegung dieser Begriffe zu den letzten Regierungskrisen. Für die christlichen Religionsgemeinschaften aber sind diese Erklärungen nur von theoretischem Wert. Denn die Regierung und weite Teile der Bevölkerung sind sich — ohne es freilich offen einzugestehen —, über ihre Haltung gegenüber den christlichen Kirchen in Israel sehr einig.

Die Regierung

Wie sieht diese Regierung Israels aus? Parteimäßig ist sie eine Koalition zwischen Mapai (Sozialdemokraten) und dem religiösen Block. Von den 13 Ministern des Kabinetts gehören 5 dem religiösen Block an, der sich wiederum aus 3 Parteien zusammensetzt: Misrachi (Orthodoxe) 2 Minister; Hapcel Hamisrachi (orthodoxe Arbeiterpartei) 1 Minister und Agudath-Jisrael (Ultraorthodoxe) 1 Minister. Die Portefeuilles des religiösen Blocks sind: Erziehung, Gesundheit, Innenministerium, öffentliche Wohlfahrt und religiöse Angelegenheiten. Die übrigen Portefeuilles sind auf die Minister der Mapai verteilt. Diese augenblickliche Zusammensetzung ist äußerst labil. Die Schwierigkeit der früheren Kabinette war die komplizierte Zusammenarbeit zwischen Mapai und dem religiösen Block vor allem in Fragen der religiösen Erziehung. Eine wirkliche offizielle Regierungspolitik den christlichen Kirchen gegenüber gibt es nicht. Die Regierung, die aufs peinlichste darauf bedacht ist, die öffentliche Meinung in der christlichen Welt für sich zu gewinnen, tut — wie bereits beschrieben — alles, um sich das Wohlwollen der Kirchen zu erwerben, soweit dies nicht mit Zugeständnissen verbunden ist, die sie nicht machen kann.

Die wirkliche Haltung der Regierung

In Wirklichkeit besteht eine Differenz zwischen der tatsächlichen Haltung der Regierung und der, die von ihr vorgegeben wird. Von einer Regierung erwartet man Objektivität, und daß sie die Interessen aller Bürger wahrnimmt, auch wenn diese nicht die Interessen der Regierung sind. Auf der anderen Seite wäre es naiv, annehmen zu wollen, daß der israelischen Regierung das Christentum und sein Bestand im Lande besonders am Herzen läge. Am liebsten wäre es ihr wohl, wenn es ein solches gar nicht gäbe. Diese innere Haltung ist nur zu verständlich. Dazu kommt, daß die meisten Personen, die heute die Regierung bilden (selbstredend auch die Bevölkerung, die sie vertreten), mit dem Christentum keine erfreulichen Erfahrungen gemacht haben. Der Großteil der Abgeordneten und Minister kommt aus Ländern, in denen — für ihre Begriffe — Kirche und Antisemitismus oder gar Kirche und Pogrom gleichbedeutend waren. Zwangstaufe, Vertreibung, Scheiterhaufen sind in der jüdischen Geschichte noch zu lebendig, als daß man von einer jüdisch-nationalistischen oder gar jüdisch-religiösen Regierung allzugroße Sympathien für das Christentum erwarten dürfte.

Um so bemerkenswerter ist freilich die Tatsache, daß es in Israel nicht wenig Menschen gibt, die wissen, daß Christentum und Judenverfolgung nicht identisch sind, die zwischen Geist und Trägern des Geistes zu unterscheiden wissen. Auch in der Regierung gibt es solche Menschen, und man hat die Hilfe der Kirche während der letzten Verfolgung nicht vergessen.

Aber wie schon gesagt, man macht einen Unterschied zwischen passiver und aktiver Gemeinschaft. Die Regierung hat offensichtlich kein Interesse daran, daß die jüdische Bevölkerung in Israel sich zum Christentum bekehrt oder (wie sie es sehen würde) zum Christentum bekehrt wird. Es ist ihr vollständig gleichgültig, ob ein Muslim Christ wird oder ein Katholik protestantisch. Sie sieht es aber — trotz der „Religions- und Gewissensfreiheit“ — ungern, wenn ein Jude sich zu einer anderen Religion bekennt. Sie befürchtet, daß die Bedeutung

des Christentums im Lande solche Ausmaße annehmen könnte, daß die Interessen der Kirchen mit denen des Staates in Konflikt geraten.

Das Bestehen von christlichen Gemeinschaften innerhalb der Grenzen des Staates stört die Regierung nicht, solange sie sicher ist, daß jene die Einheit des Staates nicht stören. Im Gegenteil: Die Regierung ist bereit, letztere — um ihres guten Rufes willen — zu unterstützen.

Die Haltung der Bevölkerung

Die Haltung der Bevölkerung ist derjenigen der Regierung nicht unähnlich. Natürlich kommen hier noch viele Faktoren hinzu. Ein kleiner Teil der Bevölkerung in Israel steht dem Christentum positiv gegenüber. (Von den Konvertiten sei später noch die Rede.) Eine ausgesprochene Feindseligkeit ist recht selten zu bemerken. Dort aber, wo versucht wird, zum Christentum zu bekehren, wird man auf äußerste Widerstände treffen. Zu Beginn des arabisch-israelischen Krieges wurden mehrere Kirchen von irregulären Truppen in häßlichster Weise demoliert (hiervon wurde besonders die Benediktinerabtei auf dem Berge Zion betroffen). Diese Vorfälle stehen in der Geschichte der Kriege nicht vereinzelt da. Auch Soldaten „christlicher Nationen“ haben ähnliches und Schlimmeres getan. Die Ausmaße dieser mutwilligen Zerstörungen waren nicht so groß, wie sie unter den damals herrschenden Verhältnissen hätten sein können oder manchmal dargestellt werden. Nichtsdestoweniger sind sie zu verurteilen, und die israelische Regierung hat dies weitgehend getan. Sie spiegeln auf keinen Fall die Einstellung der Bevölkerung wider.

Die Gegensätze der Interessen

Immerhin gibt es eine Reihe von Fragen, in denen sich die Interessen des Staates und die der Kirchen entgegenstehen und zu Auseinandersetzungen drängen oder noch drängen werden. In manchen Punkten zeigt sich die Regierung äußerst nachgiebig und zu Kompromissen bereit, in manchen wird sie nur unter Druck nachgeben, und in einigen — die Internationalisierung Jerusalems z. B. — wird sie sicherlich nie nachgeben. Die Hauptpunkte der Auseinandersetzung sind etwa folgende:

1. Die Heiligen Stätten und die Internationalisierung Jerusalems.
2. Die Güter der deutschen, italienischen und russischen Institutionen.

Die Fragen der Konvertiten aus dem Judentum und der christlichen Missionsschulen wurden offiziell noch nicht berührt und nur von Zeit zu Zeit in der Lokalpresse erörtert.

Die Heiligen Stätten

Über das Problem der Internationalisierung der Heiligen Stätten hat die Herder-Korrespondenz bereits in Jhg. 5, S. 197 ff. eingehend berichtet. Nach der augenblicklichen Lage zu urteilen, hat sich die Frage der Internationalisierung Jerusalems in der UNO vollständig totgelaufen, und wie es scheint, wird sie so bald nicht mehr erörtert werden. Die beteiligten Staaten, Israel und Jordanien, haben eine solche Internationalisierung eindeutig abgelehnt. Der jüdische Alternativvorschlag — einen arabischen gibt es noch nicht — läuft darauf hinaus, die Heiligen Stätten durch eine internationale Kommission und durch Verträge zu schützen. Israel hat Jerusalem, im Gegensatz zu den Entscheidungen der UNO-Versamm-

lung, zur Hauptstadt des Staates erklärt. Dieser Schritt wurde von den Staaten, die in Israel diplomatische Vertretungen haben, nicht anerkannt. Die Ansprüche der UNO werden nach wie vor aufrechterhalten, jedoch ohne wirklichen Ernst.

Die letzten Ereignisse im Mittleren Orient haben diese Frage tatsächlich völlig in den Hintergrund gedrängt. Es ist sehr fraglich, ob sie jemals wieder aufgerollt wird. Die katholische Kirche wird nach wie vor — und dies mit größter Berechtigung — die Internationalisierung fordern. Die protestantischen Kirchen, die an den Heiligen Stätten nicht interessiert sind und die eine „katholische Vormachtstellung“ in Jerusalem befürchten, sind größtenteils gegen eine solche oder desinteressiert. Zweifelsohne würde eine Internationalisierung Jerusalems die Stellung des Christentums in Israel und auch im moslemischen Jordanien sehr stärken. Aber sein Schicksal ist letztlich mit dem der Heiligen Stätten nicht unauflösbar verbunden, sondern hängt von der lebendigen Glaubenskraft und ihrer Auswirkungsmöglichkeit ab.

Der israelische Alternativvorschlag will die Privilegien der bestehenden Institutionen vertraglich sichern. Verträge sind aber heute leider ziemlich wertlos geworden. Die Privilegien bestehen und werden vorerst respektiert; das ist das Wesentliche. Die vorgeschlagenen internationalen Kommissionen und Verträge bedeuten nichts anderes, als daß man den Kirchen das gibt, was sie ohnehin schon haben.

Das Eigentum der kirchlichen Institutionen

Ein anderes Problem, das zum Teil schon gelöst wurde, stellt das Eigentum der kirchlichen Institutionen dar, das unter dem Namen deutscher oder italienischer Organisationen registriert war. Zu Beginn des zweiten Weltkrieges wurde dieses Eigentum, das zum größten Teil aus Grundstücken bestand, von den Engländern beschlagnahmt. Ein Teil dieser Grundstücke wurde von der englischen Mandatsregierung benutzt, um dort diverse Regierungsbüros unterzubringen. Die Grundstücke italienischer Organisationen — durchweg katholischen Klöstern und Missionen gehörend — dürften bereits ganz an ihre Eigentümer zurückgegeben worden sein. Die Zukunft des nicht unerheblichen Besitzes des „Deutschen Vereins vom Heiligen Lande“ scheint noch ungeklärt. Über die Grundstücke der deutschen lutherischen Kirche ist man vor einigen Wochen zu einer teilweisen Einigung gekommen, die vorsieht, daß die Israel-Regierung die ehemaligen Eigentümer entschädigt. Zwar stehen diese Zahlungen in keinerlei Verhältnis zum eigentlichen Wert; sie bedeuten aber doch einen großen Erfolg, da die Regierung bisher den Standpunkt vertrat, daß das deutsche Eigentum endgültig dem Staat verfällt (eine Haltung, die der amerikanischen und englischen Regierung entspricht).

Das Eigentum der russischen Kirche stellt eine Ausnahme dar, da es sich hier nicht um „Feindesgut“ handelt. Die Sowjetregierung, die vorgibt, die Rechte der russischen Kirche zu vertreten, bemüht sich schon seit etwa zwei Jahrzehnten, die Besitztümer der russischen Kirche in Palästina zu kassieren. Die Mandatsregierung, die einen Teil der Grundstücke gemietet hatte, erkannte diese Ansprüche nicht an. Noch vor Gründung des jüdischen Staates hatten Repräsentanten der jüdischen Bevölkerung Palästinas (Jewish Agency) ein Drittel der sowjetischen Ansprüche anerkannt, die sich auf etwa 200 Millionen Dollar belaufen. (Dies betrifft nur

Grundstücke, die von der Regierung zur Zeit benutzt werden, also nicht etwa Klöster und Kirchen.) Es sieht ganz so aus, als ob die israelische Regierung in diesem Punkte verhandlungsbereit wäre. Selbstverständlich sucht sie dabei ihren bestmöglichen Vorteil — hier auf Kosten der kirchlichen Institutionen.

Die Missionsschulen

Während des letzten Jahrhunderts wurden in Palästina eine Unmenge Missionsschulen gegründet. Diese Schulen bestehen zum großen Teil heute noch. Sie erfüllten einen großen und würdigen Zweck, wenn sie auch oft nur als Mittel zur „Kolonisation“ gedacht waren. Ihre Leistungen sind seitens der Mandatsregierung immer geschätzt worden, selbst dann, wenn diese Schulen andere Ziele verfochten haben als diese Regierung.

Für die arabische Bevölkerung, und besonders für die Christen unter ihr, waren sie von unschätzbarem Wert. Die jüdische Bevölkerung war auf diese Schulen nicht angewiesen. Sie hatte ihre eigenen Schulen, die ihrem Bedarf entsprachen. Wenn jüdische Kinder trotzdem christliche Schulen besuchten (der Prozentsatz ist minimal), so geschah dies meistens, weil diese Missionsschulen weniger Schulgeld verlangten oder weil die Eltern daran gewöhnt waren, ihre Kinder in Missionsschulen zu schicken. So war es etwa auf dem Balkan üblich, daß die Kinder jüdischer Familien mit Vorliebe in die oft feudalen Klosterschulen geschickt wurden.

Im heutigen Israel hat sich das Bild verschoben. Eine der ersten Amtshandlungen des Parlamentes war die Einführung des Schulzwanges, ein Gesetz, das zum Teil überflüssig war, da es unter der jüdischen Bevölkerung nur wenige Kinder gab, die keine Schule besuchten. Ein einheitliches Schulgesetz gibt es noch nicht. Man unterscheidet drei Richtungen, die in ihrer Art schon vor der Staatsgründung bestanden:

1. Die Gewerkschaftsschulen;
2. Jüdisch-religiöse Schulen;
3. Sonstige Privatschulen.

Eigentlich staatliche Schulen, wie sie in Europa üblich sind, gibt es bisher nicht. Die Richtlinien, die das Unterrichtsministerium gibt, sind äußerst allgemein gehalten, und der Einfluß dieses Ministeriums auf den Gang des Unterrichts ist sehr begrenzt. In den Gewerkschaftsschulen gibt es keinen Religionsunterricht („Bibel“ gehört zu den quasi profanen Fächern).

Der Schulstreit, von dem in letzter Zeit die Rede war und um dessentwillen die früheren Koalitionen zugrunde gingen, bezog sich hauptsächlich auf die Schulart in den Einwandererlagern. Die Regierung wollte dort vorwiegend Gewerkschaftsschulen einrichten, wogegen sich die religiösen Parteien wehrten.

Die meisten Schüler der Missionsschulen stammten aus christlich-arabischen Familien. Zu Beginn des jüdisch-arabischen Krieges flüchtete der größte Teil der Araber aus dem heutigen israelischen Staatsgebiet, mit ihnen auch die christlichen Araber, wenn auch nicht in demselben Ausmaß. Aus diesem Grunde mußten die meisten Missionsschulen im heutigen Israel ihre Pforten schließen. Einige haben unterdessen den Unterricht wieder aufgenommen. Die Schulen des „Deutschen Vereins vom Heiligen Land“ (Köln e. V.) haben bei der herrschenden Stimmung gegen Deutschland keine Aussicht mehr. Das gleiche Schicksal trifft die „syrischen Waisenhäuser“ in

Israel und die „Schnellerschen Institute“, die sich durch ihre zur Schau getragene nationalsozialistische Gesinnung vollständig unmöglich gemacht haben. Die internen Schulen der verbliebenen Pfarreien arbeiten wieder normal.

In Jerusalem, Jaffa und Haifa haben vor längerer Zeit einige Missionsschulen, katholische wie evangelische, den Unterricht mit zum Teil vorwiegend jüdischen Schülern aufgenommen. Diese Schulen, die früher ausgesprochen fremdsprachig waren, unterrichten heute bereits mehrere Fächer in hebräischer Sprache, im ganzen bis zu 8 Wochenstunden. Die Tatsache, daß sie schon räumlich besser gestellt sind als die jüdischen Schulen, wo fast in jeder Klasse einige Kinder stehen müssen, führte bereits zu Auseinandersetzungen in der hebräischen Lokalpresse. Es wurde ihnen schließlich vorgeworfen, daß sie nicht genügend hebräisch unterrichten, nicht national (israelisch) seien, ja daß sie Seelenfängerei betrieben, was wahrhaftig imaginär sein dürfte.

Diese Ausfälle, die oft sehr beunruhigend wirken, sind noch nicht über die Lokalpresse hinausgelangt. Es ist auch nicht zu erwarten, daß die jüdische Regierung, die jüdische Kinder nur sehr ungern in diesen Schulen sieht, das Problem in aller Öffentlichkeit behandeln wird. Viel eher dürfte sie versuchen, durch Druck auf die Erziehungsberechtigten diesen Schulen ihre jüdischen Schüler zu entziehen. Das allgemeine Schicksal der Missionsschulen im Rahmen des israelischen Schulsystems bleibt offen und ungeklärt. Die Hoffnung auf eine Lösung der Frage, die den Missionsschulen gerecht wird, scheint gering.

Probleme der Hierarchie

Der Aufbau der katholischen Hierarchie kann unter Umständen noch zu schweren Komplikationen führen. Unter der Mandatsregierung, im ungeteilten Palästina, war die Hierarchie in ihrem Aufbau vollständig normal. Oberster Hirte war der Patriarch von Jerusalem. Die orientalische Kirche bewahrte eine gewisse Unabhängigkeit in der inneren Verwaltung, die lateinischen Pfarreien unterstanden dem Patriarchen (damals dem Patriarchatsverweser Msgr. Gelat). Nach der Teilung des Landes ergab es sich, daß der Patriarch im arabischen Teil Jerusalems verblieb. Durch den Krieg kam einige Verwirrung in den Teil der Hierarchie, der sich im heutigen Israel befand.

Heute liegen die Dinge so, daß es einen Bischof für das nördliche und einen Administrator für das südliche Palästina gibt. Der Patriarch bleibt selbstverständlich Oberhaupt der Kirche in Palästina und Transjordanien (auch Cypern gehört zum Patriarchat Jerusalem).

Vor der Gründung des neuen Staates sprachen sich die Häupter der palästinensischen Hierarchie gegen diese Gründung aus. Ihre Haltung war eindeutig pro-arabisch. Wenn sich hier auch manches geändert hat, so hat man es doch in Israel noch nicht vergessen, und es könnte sein, daß die Dinge im geeigneten Moment noch einmal zur Sprache kommen.

Die politische Lage in Jordanien bedingt es, daß das Patriarchat eine mehr oder weniger „arabische“ Haltung einnimmt. Es ist darum um so verständlicher, daß die Israelregierung gewisse katholische Institutionen mit Unbehagen und Mißtrauen sieht. Dies wird natürlich nie geäußert, aber allein das Dasein solcher Gefühle gibt zu Bedenken Anlaß.

Der Aufbau der Hierarchie, der durch jahrhundertealte Tradition bestätigt ist, wird voraussichtlich nicht ge-

ändert werden. Auch ein äußerer Anlaß, der dazu zwingen könnte, wird sich so bald nicht ergeben. Bleibt er jedoch in seiner heutigen Art bestehen, so ist zu befürchten, daß er eines Tages Anlaß zu schweren Auseinandersetzungen wird. Diese werden sich nicht unbedingt an der politischen Oberfläche abspielen, sondern eher die bereits bestehende Spannung verschärfen.

Konvertiten aus dem Judentum

Ein anderes Problem stellen die Konvertiten aus dem Judentum dar. „Offiziell“ gibt es nur sehr wenige, und merkwürdigerweise sind sie auch außerhalb Israels ein Gegenstand des Schweigens. Allein zahlenmäßig besitzt diese Gruppe in den einzelnen christlichen Gemeinschaften, d. h. in der römisch-katholischen Kirche und den evangelischen Kirchen und Sekten, eine ziemliche Bedeutung. Exaktes Zahlenmaterial ist erstaunlicherweise nicht zu erhalten. Ein Vergleich der erreichbaren Statistiken aus neuerer Zeit ergibt folgendes Bild:

„Christen in Israel“, eine Veröffentlichung des Ministeriums für religiöse Angelegenheiten, gibt folgende Statistik:

A.	
Katholiken:	
„Lateiner“	4 113
Maroniten	962
Syrische (unierte) Kirche	11
Melchiten (uniert)	11 544
	<hr/>
	16 630
Griechisch Orthodoxe	11 769
Protestanten	985
Unspezifizierte	2 936

32 320 wäre demnach die Zahl der Christen in Israel. Eine andere Statistik der Regierung aus „The Arabs in Israel“ vom Juni 1951, deren Zahlen offensichtlich nach oben abgerundet sind, ergibt folgendes Bild:

B.	
Griechisch Orthodoxe	12 000
Griechisch Katholische	13 000
„Lateiner“	5 000
Maroniten	2 000
Kopten	600
Protestanten	1 000
Andere	400
	<hr/>
Zusammen	34 000 (20 000 Katholiken)

In einer „privaten“ Veröffentlichung von Herrn Ben Gavriel, Jerusalem, zeichnet sich das Bild folgendermaßen:

C.	
Griechisch Katholische	20 000
Orthodoxe	12 600
„Lateiner“	16 000
	<hr/>
	48 600

Ein Vergleich der 3 Statistiken ergibt also:

A =	32 320
B =	34 000
C =	48 600

C ist am unzuverlässigsten, denn offenbar ist dieser Statistik die Existenz von Protestanten unbekannt. Allgemein bekannt ist es auch, daß das Ministerium für religiöse Angelegenheiten bis zum heutigen Tage das „Geheimnis“ der unierten Ostkirchen nicht begreifen konnte. So sind denn die einzelnen Angaben über Melchiten und Kopten wertlos. Ein ungefähr richtiges Bild dürfte B geben. Konservative (!) Schätzungen sprechen heute bereits von etwa 12 000 Konvertiten, die in diesen Statistiken nicht enthalten sind. Diese Zahl wird auch vom NCWC angegeben. Der größte Teil dieser Konvertiten gelangte mit der neuen Einwanderungswelle nach Israel (vgl. Herder-Korrespondenz Jhg. 5, S. 500). Von diesen dürfte etwa höchstens ein Drittel protestantisch sein. Das ergibt für die Zusammensetzung der römisch-katholischen Kirche

5000 arabische und europäische Katholiken

8000 Konvertiten aus dem Judentum.

(Diese Zahl erreicht fast die der Statistik „C“.)

Für die protestantische Kirche:

1000 Araber und Europäer

4000 Konvertiten

Im ganzen ergibt sich das Verhältnis 32 000 : 12 000, also 3 : 1.

Die Lage der Konvertiten

Die Umstände, unter denen jene Konvertiten leben müssen, sind, wie wir bereits in Jhg. 5, S. 501 berichtet haben, äußerst bedauernd. Durch wirtschaftlichen Druck seitens der jüdischen Kommunität — in der zu leben sie nun einmal gezwungen sind — werden sie zur Verheimlichung ihres Glaubens veranlaßt. Sie führen so ein Krypto-Christentum, das sich auf die Dauer nicht durchhalten läßt und die Schwächeren unter ihnen im Laufe der Zeit zum Abfall bringen könnte. Eine effektive Seelsorge für jene Gemeinschaften, die in kleineren Gruppen untereinander Fühlung genommen haben, gibt es nicht. Dazu kommt, daß seitens der Kirchen, auch der katholischen Kirche, nichts unternommen wird, um das Schicksal jener Tausende endgültig zu klären. Auch wenn einige hundert den Mut — und es ist fast mehr als das dazu nötig — aufbringen werden, sich offen zum Christentum zu bekennen, so wird dadurch die Situation für die übrigen nur verschärft werden.

Die einzelnen Kirchen unterstützen dieses Krypto-Christentum sogar, weil es sie gewisser Verantwortungen, denen sie möglicherweise nicht nachkommen können, enthebt. Bei Unterredungen zwischen Vertretern der Kirche und des Staates wird das Thema „Konvertiten“ nie berührt. Ja man geht in gewissen Fällen so weit, ihre Existenz in diesem Ausmaße zu leugnen, und gibt bestenfalls das Dasein „Einiger“ zu.

Die Vertreter der Kirche fürchten, daß die Konvertiten Anlaß zu Spannungen und Auseinandersetzungen werden könnten, die man besser vermeiden will. Auch glaubt man wohl, an erster Stelle für die Erhaltung der alten Gemeinden sorgen zu müssen. Von einem Versuch, neue Gemeinden zu gründen, kann keine Rede sein.

Auf der anderen Seite versucht die Regierung, der die Konvertiten mehr als ein Dorn im Auge sind, die Seelsorge in ihrer Ausbreitung zu verhindern. Sie erschwert die Einwanderung katholischer Priester und evangelischer Missionare, auch derer, die für die alten, von der Regierung nicht ungerne gesehenen Gemeinden notwendig sind

(vgl. Jhg. 5, S. 502). Auch den Bau von Kirchen und Kapellen, der früher oder später in den rein jüdisch besiedelten Gebieten notwendig werden wird, wird sie nach Möglichkeit verhindern. So war es z. B. bis heute nicht möglich, in Tel-Aviv, wo es mit Sicherheit einige Tausende Christen gibt, eine Kirche zu bauen. (Schon während der Mandatszeit hatte sich die anglikanische Kirche darum bemüht.)

Durch die schwere Lage und die drohenden Gefahren veranlaßt, gibt es heute mit Sicherheit Tausende Konvertiten (abgesehen von jenen 12 000), die es aufgegeben haben, irgendwelche Beziehungen zum Christentum zu pflegen. Die Rückgewinnung jener noch nicht ganz Abgefallenen wäre eine dringende Aufgabe der Kirche. Zu einem Zeitpunkt aber, wo noch nicht einmal die Bedürfnisse der Gläubigen erfüllt werden können, scheint diese ganz undurchführbar.

Grundsätzlich wäre zu sagen, daß die Kirche eine ihrer wichtigsten Aufgaben, nämlich die der Mission, nicht auf die Dauer verheimlichen kann, ohne Schaden zu nehmen. Es wäre an der Zeit, daß die Kirche in Israel sich auch nach außen zu ihren Aufgaben bekennt, solange eine Möglichkeit hierzu besteht.

Die mögliche Rolle der Konvertiten

Eine Tatsache, die öfter übersehen wird, ist die belebende Rolle, die diese Konvertiten in der Kirche spielen könnten. Während im arabischen Missionssektor die Möglichkeiten sehr begrenzt sind, zumal es kaum Konvertiten aus dem Islam gibt, sind die Möglichkeiten der Judenmission bei geeigneter Haltung der Kirchen noch lange nicht erschöpft. Nicht unwesentlich dürfte auch der kulturelle Stand jener Konvertiten sein, der selbst für europäische Verhältnisse außerordentlich hoch liegt. Während die einheimischen Gemeinden im Laufe der Jahrhunderte ziemlich abgestumpft sind, werden jene neuen Gruppen noch von dem Geist der „Ecclesia militans“ getragen. Die Aktivierung jener potentiellen Kräfte, die sich heute im Katakombenleben verbrauchen, könnte für die Kirchen in Israel von ungeahnter Bedeutung und großem Segen sein.

Die Kirche und das politische Leben

Die Berührungen zwischen Kirchen und Staat spielen sich in der Sphäre der Verhandlungen ab, wie die politischen Berührungen zweier Staaten. Der Israel-Regierung kann das nur recht sein, denn dadurch vermeidet sie, daß die christliche Bevölkerung, wie etwa in Europa, direkt über das Parlament in das politische Leben eingreift. Bisher war dies auch kaum möglich, da die Lage der Kirchen viel zu unklar war, als daß sie sich hätten am politischen Leben beteiligen können. Dabei ist noch zu bedenken, daß die Geistlichen, bis auf wenige Ausnahmen, fremde Staatsbürger sind und sich als solche fühlen. Obwohl es etwa 45 000 Christen gibt, von denen etwa die Hälfte oder mehr wahlberechtigt sind, gibt es weder eine christliche Partei noch einen christlichen Abgeordneten im Parlament, um dort die Interessen der christlichen Bürger zu vertreten. Die Bürger Nazareths z. B., die zum größten Teil Christen sind, wählen mit Vorliebe die Listen der KP, da sie die Interessen der Minoritäten von dieser Partei am besten vertreten sehen. Es ist wahrhaftig ein Kuriosum, daß Nazareth die Hochburg der arabischen Kommunisten geworden ist.

Es gibt im ganzen 5 arabische Abgeordnete im Parlament, die aber den jüdischen Parteien angeschlossen sind. Für eine christliche Partei existiert bis heute nicht einmal ein Ansatz.

Eine christliche Bewegung, die das Anliegen der christlichen Bevölkerung aus den Vorzimmern der Ministerien in das öffentliche Leben tragen könnte, würde auf großen Widerstand seitens der Regierung und der existierenden Parteien stoßen. Jedoch ist Israel ein Rechtsstaat. Mit genügender Entschlossenheit, an der es leider überall mangelt, könnte vieles durchgesetzt werden, was heute im Geist der israelischen Christen — soweit sie überhaupt so weit zu denken wagen — noch Utopie ist.

Die Zersplitterung

Die katholische Kirche hat in letzter Zeit die unierten Ostkirchen im Orient besonders gefördert. Diese Richtung in der Kirchenpolitik hat sich sehr bewährt und zeugt von besonderer Weitsicht. Die unierten Ostkirchen mit ihren arabischen oder griechischen Liturgien waren eher fähig, die arabische Bevölkerung anzusprechen, als es die lateinische Kirche je könnte. Auch in der Hierarchie blieben diese unierten Kirchen sehr selbständig.

Im heutigen Israel besteht ein Teil dieser Kirchen, wie die Statistik zeigt, fort. Die israelische Regierung sieht sie weitaus lieber als die römisch-katholische Kirche, schon deshalb, weil die Ostkirchen sich nie mit der Judenmission befaßt haben und für Juden so gut wie unzugänglich sind.

Ein Nebeneinanderbestehen der Ost- und Westkirchen in Israel ist durchaus wünschenswert, drücken sie doch die Katholizität der Kirche lebendig aus. Die weniger erfreuliche Seite aber ist die, daß die einzelnen Gemeinden vollständig getrennt handeln und leben. Zur Zeit eines Notstandes, und von einem solchen darf man ruhig sprechen, ist wohl nichts wichtiger, als eine möglichst enge Gemeinschaft zu fördern, die sich nicht nur im gemeinsamen Glaubensbekenntnis ausdrückt.

Ein ähnliches Problem zeigt sich zwischen Christen arabischer und jüdischer Abstammung. Hier trennt ein gewaltiger Unterschied der Kulturstufen, der sich mit der Zeit ausgleichen ließe. Was weitaus tragischer ist, ist die Abneigung, die in den arabischen Gemeinden, und die bestehenden Gemeinden sind alle arabisch, gegen die

Konvertiten aus dem Judentum besteht, so daß selbst jene, die sich unter nicht geringen Gefahren zum Christentum bekennen, innerhalb der Gemeinde sich als unerwünscht fühlen müssen. Die Folgen eines solchen Zustandes sind oft recht traurig.

Gemeinsame Anliegen aller christlichen Gemeinden

Nicht nur innerhalb der katholischen Kirche besteht die Notwendigkeit, die Kräfte zu einen. Das Anliegen aller christlichen Gemeinschaften in Israel ist ein gleiches. Die Differenzen auch in der politischen Zielsetzung, wie etwa gegenüber der Internationalisierung Jerusalems, können darüber nicht hinwegtäuschen. Auch die momentane Bevorzugung der protestantischen Kirchen durch die Israel-Regierung will im Grunde nichts besagen, es drohen allen die gleichen Gefahren.

Im Moment hegen die Vertreter der einzelnen Religionsgemeinschaften nur Mißtrauen und nicht selten Furcht voreinander. Ein Zustand, der sich äußerlich, wo Konvention und Höflichkeit es anders gebieten, nicht zeigen kann. Zwischen den einfachen Gläubigen der einzelnen Kirchen bestehen diese Spannungen allerdings nicht, weil sie schon rein intuitiv und auch durch die Erfahrungen des täglichen Lebens die Situation begriffen haben.

Gefährdung?

Wenn man nach all diesem die Frage, ob das Christentum in Israel gefährdet ist, wiederholt, so muß man sie wohl bejahen. Das Christentum, ohne Unterschied der einzelnen Bekenntnisse, ist gefährdet. Es ist eine andere Gefährdung als jene in den Staaten der Volksdemokratien. Eine offene Unterdrückung ist nicht zu befürchten. Auf der anderen Seite wird die Israel-Regierung alles tun, um eine Ausbreitung des Christentums zu verhindern. Die bestehenden Differenzen könnten, abgesehen von der Internationalisierung Jerusalems, bei geeigneter Behandlung der Fragen, die den ganzen Mut der Vertreter der Kirchen fordern wird, beseitigt werden.

Weit gefährlicher als die zum Teil feindselige Haltung der Regierung (die sich alle Mühe gibt, diese nicht zu zeigen) sind aber die inneren Probleme der Kirchen, die, wenn sie nicht beizeiten und richtig behandelt werden, den Weiterbestand eines lebendigen Christentums in Israel in Frage stellen.

Fragen der Theologie und des religiösen Lebens

Die Liturgiereform Klärungen und Fragen

**Das internationale liturgische Studientreffen
vom 12. bis 15. Juli 1951 in Maria Laach**

Die nachfolgende Niederschrift über die Beratungen des liturgischen Studientreffens in Maria Laach, die von Herrn Dr. Johannes Wagner (Trier) in Verbindung mit Dom Jean Hild OSB (Clerf, Luxemburg) und Professor P. Herman Schmidt SJ (Rom) erstellt worden ist, wurde uns durch das Liturgische Institut zur Verfügung gestellt.

Vorgegebenheiten

Am 28. Januar 1948 richtete die Schriftleitung der römischen Zeitschrift für liturgische Fragen „Ephemerides Liturgicae“ ein Rundschreiben an ihre Mitarbeiter. Darin wurde einleitend festgestellt: „In jüngster Zeit sind zahlreiche Abhandlungen über eine eventuelle Reform der liturgischen Bücher, insbesondere des Römischen Breviers erschienen. Wohlbegründete Desiderien wurden vorgebracht. Offenbar wird das Anliegen durch neuere Studien und Ausgaben liturgischer Texte gefördert.“ Das Rundschreiben sprach sich dafür aus, daß es wohl an der